

Thomas Gergen (Saarbrücken)

Der Entwurf eines neuen katalanischen Sprachgesetzes von 1997: sprachsoziologische und juristische Aspekte

Bleibt es nun bei der *Llei de Normalització Lingüística (LNL)* vom 6. April 1983 oder wollen die katalanischen Politiker eine gänzlich neue *Llei del català*? Diese Frage stellte sich noch nach mehr als einem halben Jahr Arbeit des Ausschusses des katalanischen Parlaments. Dort wurde mühselig versucht, die Anregungen der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und die Entwürfe der politischen Parteien in einen neuen Gesetzestext zu gießen. Weder die Zustimmung des PP noch die der ERC zu dem Entwurf vom 23. Juli 1997 galt als gesichert. Die Debatte kreiste um die Ausdehnung des Katalanischen auf solche Bereiche, in denen es bisher gegen das Kastilische keine Chance hatte, etwa in der Privatwirtschaft bzw. der Produktwerbung sowie in der Justiz. Dies sind Sektoren, die die LNL von 1983 noch nicht oder kaum berührte (vgl. LEPRÊTRE 1997:57-67). Mit der neuen *Llei del català*, die das katalanische Parlament schließlich am 30.12.1997 als *Llei de Política Lingüística* verabschiedete, soll gerade für diese Bereiche eine neue Basis geschaffen werden. Dies ging jedoch nicht ohne einen Konflikt unter Lobbyisten über die Produktetikettierung auf Katalanisch. Die Sprachendebatte wurde ebenso beeinflusst vom Für und Wider einer Stärkung der katalanischen Spracheinheit der Països Catalans (PPCC) und der Erarbeitung des andorranischen Sprachengesetzes sowie der notorischen Weigerung Valèncias, das Valencianische als katalanische Sprachvariante anzuerkennen.

Die Einsicht in die Reformbedürftigkeit der LNL von 1983

Das Sprachengesetz, das im Jahre 1983 von allen parlamentarischen Fraktionen verabschiedet worden war, wurde nach 14 Jahren Gültigkeit als reformbedürftig angesehen. Ab den Monaten April und Mai 1997, symbolischerweise um den Sant-Jordi-Tag herum,

äußerten sich nahezu alle gesellschaftlich relevanten Parteien zu Zielen und Inhalten des neuen Gesetzes, das im Ausschuß des *Parlament de Catalunya* vorbereitet wurde. Die Debatte wurde anfangs bestimmt von zwei Polen, nämlich der radikalen Forderung nach Monolinguisimus und der einfachen Beibehaltung des Gesetzes von 1983. Die gesellschaftliche und politische Mehrheit forderte dagegen Reformen in bestimmten Bereichen.

Das Manifest der *Associació Per a les Noves Bases* für den Monolinguisimus in Catalunya – Die *Associació Per a les Noves Bases de Manresa* reklamierte am 16. April 1997 in ihrem Manifest *Per a un nou estatut social de llengua catalana* den katalanischen Monolinguisimus für Katalonien und eine “nova llei valenta”, die den Sprachgebrauch weiter ausdehnt. Es waren 350 Unterzeichner (Intellektuelle), die die Bevölkerung aufforderten, sich dem Papier ebenfalls anzuschließen, damit es bei Vorlage an das Parlament mehr Gewicht haben sollte. Bis Juni hatten mehr als 3500 Menschen das Papier unterzeichnet (vgl. AVUI 14.06.97).

Die Initiative katalanischer Bischöfe – Am 20. April 1997 publizierten die Bischöfe von Vic, Tarragona, Solsona und Girona in ihren Pfarrbriefen (*Full dominical*) mit einer Auflage von 50.000 eine Stellungnahme, in der sie die Kastilischsprecher zu mehr Respekt für katalanische Kultur und Sprache aufforderten. Ausgehend von der “crisis de identidad nacional que muchos catalanes sufren como si fuera una enfermedad crónica agravada por las secuelas no reparadas todavía de la Guerra Civil” meinten sie, die Kastilischsprecher sollten Katalanisch lernen, genauso wie dies umgekehrt die Katalanischsprecher im Hinblick auf Kastilisch täten. Infolge der Aufregung über diesen Punkt präziserte der Bischof von Solsona, Antoni Deig, diese Äußerung dergestalt, daß er sie als moralische Aufforderung und nicht als Pflicht verstanden wissen wolle.

Während die politischen Parteien CiU, ERC und PI das Recht der freien Meinungsäußerung der Bischöfe verteidigten, meinte PSC-Vertreter Joaquim Nadal, daß die Bischöfe für unnötige Aufregung in der Bevölkerung gesorgt hätten und sozialen Unfrieden in Katalonien schaffen wollten, der die gerade laufende Ausschubarbeit der Vorbereitung des neuen Sprachengesetzes störe (vgl. GERGEN 1997:67-68).

La Plataforma per la Llengua – Das am 21. April 1997 von dem Schriftsteller Joan Rendé im *Centre de Cultura Contemporània* in Barcelona verlesene Manifest der *Plataforma per la Llengua*, forderte das Parlament de Catalunya zur vollen Anerkennung und Gleichstellung des Katalanischen in allen Lebensbereichen auf. Dies sei deswegen notwendig, weil dem Katalanischen für einen normalen Gebrauch noch einiges fehle, wie in Bereichen der Justiz, der Sicherheitskräfte, der Produktetikettierung, der audiovisuel-

len Kommunikationsmittel oder den neuen Technologien. So sei es ein “acte de cinisme” zu fordern, das alte Gesetz brauche für die weitere Normalisierung nicht geändert zu werden. Die Plataforma warb mit dem Emblem *Volem viure plenament EN CATALÀ*, ein Zeichen, das ihre Anhänger nach dem Sant-Jordi-Tag auf viele kastilischsprachige Werbeanzeiger klebten.

Die Suche nach einem neuen gesetzlichen Rahmen – Die neuen Herausforderungen bestanden darin, Regelungen für Bereiche zu finden, die z.Z. der Abfassung des Gesetzes von 1983 noch nicht vorhanden bzw. nicht vorhersehbar waren, weil der Gesetzgeber 1983 von Privatfernsehen, Kabel-, Satelliten- oder Digitalfernsehen, Mobiltelefonen etc. noch nichts wußte.

PP und PSC sprachen sich für die freie Wahl der Sprache aus, Strafen würden gegen das Recht der freien Sprachenwahl verstoßen. Der PSC befürwortete indirekte Begünstigungen des Katalanischen, v. a. durch finanzielle Besserstellung des *Consorci de Normalització Lingüística*, damit es in kastilischsprechenden Kreisen effizienter arbeiten könne. Er schlug einen Antrag auf Garantie des Katalanischen in der Justiz vor. Ein solcher wurde am 8. Mai 1997 ohne Gegenstimmen und bei Enthaltung des PP im Parlament de Catalunya verabschiedet. Dieser Antrag wird indes nur Empfehlungscharakter haben und an der Praxis der Anwälte und Notare nicht viel ändern können (vgl. EL PAÍS 22.04.1997).

Der Generalsekretär von CiU, Pere Esteve, antwortete auf die Frage des Monolinguisismus: “A Catalunya hi ha dues llengües, una d’elles la pròpia, i això és una riquesa que no es perdrà.” Er distanzierte sich von dem Manifest der 350 Intellektuellen und dem *Full* der Bischöfe. Aus dem Verhalten von Regierungsvertretern und CiU-Verantwortlichen ließ sich keine klare Linie ablesen. Ministerpräsident Pujol wurde aufgefordert, die Frage des neuen Sprachengesetzes zur Chefsache zu erklären und zu beschleunigen (vgl. AVUI 23.04.1997).

Am 25. Mai 1997 publizierte *Avui* die Vorschläge der CiU für ein komplett neues Sprachengesetz, das auf den wesentlichen Gebieten der sprachlichen Normalisation eine deutliche Sprache spricht. In die gesamte Kampagne fügte sich ein Interview mit dem Fraktionsvorsitzenden der CiU im Madrider Parlament, Joaquim Molins, der prophezeite, daß der katalanische Nationalismus nach der Einführung des EURO mit mehr Forderungen und größeren Ansprüchen auftreten werde. Aus dem Gesetzentwurf seien hervorgehoben:

- Das Privatfernsehen muß mindestens 50% seiner Sendungen auf Katalanisch senden.
- Der Gebrauch des Katalanischen ist zukünftig ein Kriterium der Konzession von Radio- und Fernsehsendern.

- Zudem sollen die Etikettierung gifthaltiger Produkte und gewisse Daten von Nahrungs- und Tabakartikeln mindestens zweisprachig sein.
- Allgemein soll es mehr Produkte mit katalanischer Beschreibung und Werbung geben.
- CiU will außerdem, daß die *Generalitat* mit allen Gemeinschaften und Staaten Abkommen über die katalanische Sprache treffen wird, genauer: Sie wird sich darum ernsthaft bemühen und fördernd eingreifen, so daß Abkommen zustande kommen. In der LNL von 1983 hieß es nur, daß sie dies einfach "regelt". Mit dem neuen Gesetzeswortlaut ist ein klarer Auftrag an die *Generalitat* gemeint.
- Schließlich müssen die juristischen und natürlichen Personen, die ein Abkommen über Zusammenarbeit mit der *Generalitat* oder den lokalen Gebietskörperschaften Kataloniens unterzeichnet haben, in gewissen Bereichen zwingend Katalanisch gebrauchen; dies sind:

la retolació, els avisos i la documentació adreçats al públic, les instruccions d'ús, l'etiquetatge i l'embalatge dels productes o serveis que estiguin directament vinculats a l'objecte de l'ajut o conveni ... (AVUI 25.5.1997).

- Die öffentlichen und mehrheitlich *Generalitat*-beherrschten Unternehmen, lokale Vereinigungen und sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts müssen, ohne Verletzung der linguistischen Rechte der Bürger, generell das Katalanische verwenden.

CiU mußte aber zu einer Politik der kleinen Schritte zurückkehren, um die Unterstützung des PP und von PSC-PSOE nicht aufs Spiel zu setzen. Bis der Entwurf vom 23. Juli 1997 mit seinen Kompromißlösungen stand, gab es etliche Stellungnahmen und Kampagnen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen (GERGEN 1997:76-77).

Die Gesetzgebung begleitende Kampagnen für und gegen das Katalanische

Avui, die Zeitung, die sich selbst als "mitjà amb una sensibilitat pel que fa vitalitat i a la viabilitat futura del català inqüestionable" (AVUI 28.07.97) bezeichnete und die sich für weitergehendere Regelungen zugunsten des Ausbaus der Präsenz des Katalanischen in der Gesellschaft einsetzte, gab sich als Sprachrohr der katalanischen Sprache zu erkennen und begleitete die Arbeit des Gesetzgebers und die Aktionen für und gegen mehr Katalanismus sehr ausführlich. Die wichtigsten Aktionen seien hier dargestellt.

- **Förderung von Handelsgeschäften:** *Avui* titelte am 27.05.97 "Un estudi revela que l'ús del català actua com a element afavoridor de les vendes", als gerade die Produktetikettierung diskutiert wurde. In *El Periódico* vom selben Tag war folgendes zu lesen: "La utilización del catalán 'facilita' las operaciones comerciales"
- **Manifest der Notare:** Mit der Überschrift "Els notaris es mobilitzen per l'ús preferent del català als documents" präsentierte *Avui* am 07.06.97 das "Manifest pels documents notariais en català", das eine Gruppe von Notaren verfaßte und daß über 500 Anhänger gefunden hat, allerdings nur 6 Notare (davon war einer bereits pensioniert!). Die Mehrzahl waren Personen, die sich für die "normalització lingüística" einsetzten, wie Anwälte, Archivare, Notarangestellte, Historiker, Politiker, Hochschullehrer und Mandantschaft. Der Kopf der Aktion waren zwei Notare, die Mitglieder des Redaktionsrates der *Apoca* sind, einer Zeitschrift, die 1995 als Alternative zu *La Notaria* ins Leben gerufen wurde, welche offizielles Organ der Notarkammer in Barcelona ist. Tatsächlich sprechen Statistiken von einer Präsenz des Katalanischen im Notariatswesen von nur 3-6%. Der ERC-Abgeordnete Ferrer Gironès schlug in diesem Zusammenhang vor, die *Generalitat* möge all diejenigen, die notarielle Dokumente auf Katalanisch verfassen (ließen), spürbar begünstigen, z.B. durch die Senkung der Gebühr bei Eigentumsübergängen und Rechtsakten. Dieser Vorschlag wurde jedoch nicht weiter aufgegriffen (vgl. AVUI 07.06.1997).
- **Zukunftsprojektionen über Katalanischsprecher:** Die Resultate der Untersuchung "La projecció demolingüística a Catalunya" des *Institut de Sociolingüística Catalana (ISC)* erzeugten im Rahmen der Sprachendebatte regelrechte Zukunftsvisionen einer "katalaniserten Gesellschaft": Der Anteil derjenigen, die Katalanisch sprechen können, steigt trotz der gegenwärtigen Unsicherheiten der Bevölkerungsentwicklung in Katalonien stetig an. Der Bericht verkündete die "frohe Botschaft", daß etwa 80% der katalanischen Bevölkerung im Jahre 2026 Katalanisch sprächen (vgl. AVUI 30.06.1997).
- Betonung des Zusammengehörigkeitsgefühls der PPCC durch Staatsabkommen mit Staaten, in denen ebenfalls Katalanisch gesprochen wird: Der Chef der andorranischen Regierung, Marc Forné, zielte auf ein Übereinkommen der Staaten ab, in denen Katalanisch gesprochen wird, um dem Katalanischen neue Impulse zu geben. Dies gab er bei einem Treffen mit ERC-Generalsekretär Carod-Rovira bekannt. Der Staatsvertrag soll die sprachliche Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Spanien, Andorra und Italien regeln, so wie dies Holland und Belgien getan haben, um die Sprachenpolitik zugunsten des Niederländischen voranzubringen. Carod-Rovira äußerte den Wunsch, nach Vorbild des *Instituto Cervantes* ein eigenes Institut für die "projecció exterior de la llengua catalana" zu gründen. Dort sollen die Vertreter aller Länder, in denen Katalanisch gesprochen wird, kooperieren. Andorra hat bereits

einen Gesetzesentwurf einer “*llei de política lingüística*” hervorgebracht, in dem der Gebrauch des Katalanischen in sämtlichen Bereichen des öffentlichen Lebens, einschl. des Handels, gesichert werden soll (vgl. AVUI 27.06.1997).

- **Gegner der Einheit: Im Gegensatz zu den Balearen und den französischen Katalanen wehrte man sich in anderen Gebieten gegen die Spracheinheit des Katalanischen:** Daß València nicht zur katalanischen Sprachfamilie gehören will, ist nichts Neues mehr. Der jahrhundertlange Streit flammte jedoch wieder auf. Interessanterweise kam dieses Mal auch Widerstand aus Aragonien (vgl. AVUI 07.09.1997).
- **Gleichwertige katalanische Edition der Tageszeitung *El Periódico/El Periòdic*, zweisprachige Zeitung *Segre* und GEC im Internet:** Eine Reaktion der Zeitungsverlage und damit eine Anpassung an geänderte Bedürfnisse und das Nachfrageverhalten am Markt der gedruckten Medien war der Entschluß von *El Periódico*, ab Herbst eine eigenständige katalanische Tageszeitung herauszugeben. Als Beweggrund wurde angeführt, daß inzwischen die sprachliche Normalisierung so weit fortgeschritten sei, daß der Großteil der Bevölkerung seine schulische und akademische Ausbildung in Katalanisch erhalten habe und deshalb dieses neue Angebot nutzen werde. Seit 3. Februar gibt es *El Periòdic d'Andorra*, der parallel zu *El Periódico* in Andorra verkauft wird und seine Redaktion in Andorra la Vella hat. Investiert wurden bislang insgesamt 1.500 Millionen Peseten. Die katalanische Version erscheint genau in dem “*momento clave del proceso de estandarización de la lengua catalana*”, so der Sektionschef Ricard Fité in *El Periódico* vom 26.06.1997. Wesentlich ist, daß beide Editionen gleich viel kosten und dem Käufer in Katalonien und auf den Balearen getrennt nebeneinander zur Auswahl stehen. Der Erfolg der katalanischen Ausgabe bei den Lesern und die wirtschaftliche Rentabilität zusätzlicher Angebote – bislang war *Avui* seit 1976 die einzige Tageszeitung – wurde nicht angezweifelt. Beim *Diari Segre* in Lleida gab man sich optimistisch für die ab September 1997 katalanisch-kastilisch erscheinende Doppelausgabe; Die Zeta-Gruppe will in einigen Monaten ebenfalls mit der Tageszeitung *Sport* folgen.
- **Keine Scheu vor neuen Medien:** Die GEC im Internet: Die katalanische Enzyklopädie, die 1968 begonnen wurde, umfaßt seit 1989 24 Bände mit 12.500 Seiten, 31.000 Illustrationen, 220.000 Bedeutungen und 150.000 Artikel. Ab Januar 1998 kann die *Gran Enciclopèdia Catalana* (GEC) auch mittels Internet abgerufen werden. Dabei stellen sich die Herausgeber vor, daß der Benützer zur Papierausgabe die ständig aktualisierten Daten ergänzend über Internet in der sog. *Hiperenciclopèdia* abrufen. Dieses Projekt beweist sowohl eine große Liebe und einen Verbreitungswillen der Muttersprache als auch unternehmerischen Wagemut und die Bereitschaft zum Investitionsrisiko. Nicht ohne Stolz betonten die Herausgeber, daß die GEC

hinter der *Britannica* die zweite Enzyklopädie der Welt sein wird, die diesen Service anzubieten imstande ist (vgl. AVUI 18.09.1997).

Die genannten Projekte zeigen, daß die Verlage, dem Wunsch gemäß, mehr katalanische Texte anzubieten und auch in der Einsicht, in Zukunft mit katalanischen Ausgaben eine gute Rendite zu erwirtschaften, bereit sind, das Kastilische teilweise aufzugeben und zugunsten der sprachlichen Normalisierung des Katalanischen zu investieren. Die Marktforscher sehen ganz offenbar eine Nachfrage nach katalanischer Presse bei den Zeitungslesern. Dies zeichnet sich auch für den Hörfunkbereich ab. Bei Erfolg der wagemutigen Unternehmungen wird sich die katalanische Presselandschaft, wenn auch andere bislang eher zaghafte und risikoabgeneigte Verlage in katalanischer Sprache veröffentlichen, sehr verändern.

- **Verlautbarungen von seiten der Kirche – Nachfolge im Bischofsamt von Lleida:** Der Bischof von Lleida, Ramon Malla, bat den heiligen Stuhl darum, daß sein Nachfolger ein Katalane bzw. Katalanischsprecher sein möge. Vorher gab es einige Klagen innerhalb der Kirche über die Benachteiligung von Kastilischsprechern bei liturgischen Feiern, so daß die katalanische Kirche befürchtete, daß als Reaktion darauf die Nachfolger in Lleida und Tortosa keine Katalanen mehr sein könnten (vgl. AVUI 22.06.1997).
- **Päpstlicher Segen auf Katalanisch:** Der Bischof von Solsona, Antoni Deig, bat Papst Johannes Paul II. mehrere Male den Segen *urbi et orbi* auf Katalanisch zu erteilen, um die Nähe der Kirche mit den Nationen ohne Staat zu zeigen. Bislang schlug der Heilige Stuhl diese Bitte aus, nicht zuletzt, weil dies die Spanische Bischofskonferenz nicht befürwortete. Hilfe erwartet sich die katalanische Kirche von Andorra, wo Katalanisch einzige Amtssprache ist (vgl. EL PERIÓDICO 17.02.1998).
- **“Parlar en català és parlar en cristià”** Der Bischof von Solsona, Antoni Deig, meinte, die Kirche solle nicht immer nur von der Seligkeit sprechen, sondern für Katalonien und seine Sprache arbeiten. Wenn die Kirche für die ganze Welt in allen ihren Sprachen sprechen wolle, müsse sie dies auch in Katalanisch tun, betonte Deig in *Avui* vom 12.09.1997.
- **Verstärkter Mitteleinsatz für Kastilischsprecher:** Der Generalsekretär der *Comissions Obreres de Catalunya* (CCOO), Joan Coscubiela, meinte, daß ein verstärkter Gebrauch des Katalanischen nur dann möglich sei, wenn gleichzeitig mehr Mittel eingesetzt würden und eine Reihe von sozialpolitischen Maßnahmen so eingriffen, daß das Katalanische in den für es undurchlässigen Gebieten, wie die Randviertel des “desarrollismo”, einen größeren Stellenwert einnehmen könnte. Coscubiela kritisierte die Regierung, die, obwohl sie die Debatte um das Sprachen-

gesetz vorantreiben wolle, den *Consorci de Normalització Lingüística* in miserablen Zuständen und mit minimalen Ressourcen ausgestattet im Stich lasse (vgl. AVUI 28.07.1997).

- **Nach Maastricht mehr Nationalismus:** “Después de Maastricht los nacionalistas deberemos ser más exigentes.” So titelte *El País* am 08.09.1997 – so daß es ganz Spanien lesen konnte! – das Interview mit dem Sprecher der CiU im Madrider Kongreß, Joaquim Molins, der bereits das gleiche bei einem Interview mit *Avui* am 25.05.1997 propagiert hatte.

Auffällig war die Doppelrolle, die CiU als Regierungspartei in Barcelona und Madrid spielen muß. Sie sieht sich als politisches Sprachrohr des Katalanismus, aber auch als Hüterin einer rationalen, auf Wachstum getrimmten Wirtschaftspolitik, die sie glaubt durch die einheitliche europäische Währung (EURO) fördern zu können. In diesem Punkt denkt die katalanische Regierung national und “spanisch”, denn Spanien liegt im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten der EU im Hinblick auf die Kriterien des Maastricht-Vertrages gut im Rennen und wird sie aller Voraussicht nach erfüllen. In dieser Verantwortung, die Stabilität der Wirtschaft und die Rolle Spaniens innerhalb der EU nicht zu gefährden, sieht sich CiU und hat sich offensichtlich für einen gemäßigten Nationalismus entschieden. Beim Vergleich der Forderungen der CiU vom Mai 1997 mit dem ersten Entwurf des neuen Gesetzes vom Juli 1997 spürt der Betrachter sofort, daß CiU nach Abwägung der Interessen – Maastricht gegen Katalanismus und Katalanisch – die nationalen Interessen zurückgeschraubt hat, um keine Unruhe im eigenen Land zu stiften. Da CiU sich trotzdem den Ideen des Katalanismus verpflichtet fühlt, verschiebt sie die Erledigung dieser Aufgaben (und Wahlversprechen!) einfach hinter die Einführung der gemeinsamen Währung. Auf diese Weise – so glaubt es Molins – könnten beide Ziele in Einklang gebracht werden. Die Vision der Politik nach einer “katalaniserten Gesellschaft” bleibt. Auf die Frage, was nach Maastricht komme, antwortete Molins in *El País*:

Después de Maastricht no cambiará la voluntad del catalanismo político de participar en los asuntos del Estado, entre otras cosas porque continuarán afectando profundamente al futuro de Cataluña. Lo que se puede cambiar es nuestra actitud al respecto. El presidente Pujol lo explicó muy bien. A lo largo de estos 20 años de democracia en España ha habido, fundamentalmente, dos grandes objetivos políticos del catalanismo: el primero, el asentamiento de la democracia; el segundo, la integración definitiva en Europa. Muchas veces, en función de estos dos grandes objetivos, la reivindicación estrictamente nacionalista la hemos podido, incluso mentalmente, dejar aparcada, procurando no introducir inestabilidad. Cumplido el segundo objetivo, deberemos ser más exigentes (EL PAÍS 08.09.1997).

- **Wissenschaftler für die Verteidigung der katalanischen Spracheinheit:** Beim XI. Internationalen Kolloquium über katalanische Sprache und Literatur in Palma de Mallorca verabschiedeten 300 Wissenschaftler aus 40 Universitäten der ganzen Welt ein Manifest, in dem sie unzweifelhaft von den Politikern forderten, die Einheit der katalanischen Sprache zu verteidigen. Sie warnten davor, Valencia aus dieser Familie zu isolieren und zuzulassen, daß es dem Kastilischen untergeordnet und durch dieses substituiert werden könnte. Dieser Kongreß sollte der Valencianischen Regierung den Wind aus den Segeln nehmen und von seiten der Sprach- und Literaturwissenschaft untermauern, daß Valencianisch zum Diasystem des Katalanischen gehört (vgl. AVUI 13.09.1997).

Der Gesetzentwurf der *Llei del català* vom 23. Juli 1997

Am 23. Juli 1997 präsentierten die Mitglieder der *ponència del català* den Entwurf des neuen Gesetzes, der lediglich einen Kompromiß zwischen CiU und PSC darstellt. Die zukünftige Norm soll 39 Artikel enthalten, das Gesetz von 1983 kam nur auf 28. Im Unterschied zum Gesetz von 1983 berührt der Entwurf die Bereiche "món socioeconòmic" und "les indústries culturals". Das neue Gesetz sollte aus 6 großen Kapiteln (und Übergangsvorschriften am Ende) bestehen:

- L'ús institucional
- L'onomàstica
- L'ensenyament
- Els mitjans de comunicació i les indústries culturals
- L'activitat socioeconòmica
- Impuls institucional (l'acció de foment)

Die Debatte konzentrierte sich auf vier Streitfragen, nämlich ob das neue Gesetz Quoten für den Gebrauch des Katalanischen festsetzen und deren Nichteinhaltung sanktionieren darf und wie die Präambel zukünftig aussehen soll. Des weiteren wurde diskutiert, ob dem Handel zumutbar ist, mit den Kunden auch in katalanischer Sprache zu kommunizieren und schließlich die Produkte auf Katalanisch zu etikettieren.

Quotierung und ihre Sanktionierung

Das Problem der Quoten soll dadurch gelöst werden, daß in den neuen Gesetzestext die Quotenregelungen, die aus anderen Normen hervorgehen, eingefügt werden. Das sind

größtenteils solche, die bereits in kraft sind. Artikel 28 soll der *Generalitat* den Weg offen halten, durch Rechtsverordnung Sprachquoten für Produktion und Aufführung von Kinoproduktionen durchzusetzen.

Während CiU, IC-EV, ERC und PI Quotenregelungen wollten, hatten PSC und insbes. PP ihre Zweifel. Der PP lehnte “cupos idiomáticos” kategorisch ab. PSC nahm eher eine vermittelnde Position ein, indem er eine Rechtsverordnung der *Generalitat* für ausreichend erachtete. Der Generalsekretär von ERC, Carod-Rovira, manifestierte seinen Unmut über die Ablehnungen und Zweifel der anderen Parteien und kam zu der Erkenntnis, daß ein Sprachengesetz ohne Quoten und Sanktionen kein Gesetz, sondern nur eine “pregària” sei. Nichtsdestotrotz wolle er weiter für ein Quoten- und Sanktionensystem plädieren, um die volle Gleichwertigkeit des Katalanischen mit dem Kastilischen herzustellen (vgl. AVUI 04.06.97).

Im Ergebnis wird die Regelung durch Rechtsverordnung die Problematik der Quotierung nur vertagen und es der *Generalitat* überlassen, solche festzulegen. Auf diese Weise kann aber flexibler reagiert werden als auf dem Gesetzesweg. Im übrigen läßt das Gesetz Freiraum für die ungezwungene Entwicklung auf dem Medienmarkt, der dann selbst entscheidet, wie viel Katalanisch der Kunde will bzw. verträgt.

Die Präambel des neuen Gesetzes

Das Vorkapitel beginnt mit der Definition des Gegenstandes des in Rede stehenden Gesetzes (*L'objecte d'aquesta llei*). Im zweiten Artikel wird die wichtige Aussage wiederholt, daß das Katalanische (einzige) Landessprache in Katalonien und daß es dort zudem Amtssprache (neben dem Kastilischen) ist (Dritter Artikel). Während Art. 5 die leitenden Prinzipien der Politik der *Generalitat* (*Els principis rectors de l'actuació de la Generalitat*) aufführt und Art. 6 von der “unitat de la llengua” handelt, soll Art. 4 die “drets lingüístics” der Bürger in Katalonien beschreiben.

Der Entwurf vom 23.7.1997 führt in Art. 4 innerhalb des Vorkapitels die sog. “drets lingüístics dels ciutadans” auf. Mit dieser Erklärung der Sprachenrechte wollte der Ausschuß Demagogie dergestalt vorbeugen, daß das neue Gesetz auch in angemessener Weise die Rechte der Kastilischsprecher berücksichtigt. Gerade so wollte man einer möglichen Klage der Kastilischsprecher vor dem Verfassungsgerichtshof in Madrid zuvorkommen.

Art. 4 gewährt indes nicht nur Rechte, sondern erinnert im selben Moment daran, daß es auch Sprachpflichten gibt. Solche “deures lingüístics” sind eine Neuheit, auf deren Einführung ERC und PI seit geraumer Zeit insistierten.

Die Regelung zum Begriff der “Landessprache” (*llengua pròpia*) findet sich in Art. 3 (*Les llengües oficials*). Zurückhaltung gab es beim PP deswegen, weil dieser wollte,

daß auch das Kastilische als “*llengua pròpia*” in den Art. 3 hineingehöre, obwohl sowohl Autonomiestatut als auch das Gesetz von 1983 einzig und allein das Katalanische als Landessprache qualifizieren. Der Vorschlag des PP auf Aufnahme des Kastilischen als Landessprache wurde von den anderen Vertretern abgelehnt (vgl. EL PERIÓDICO 02.07.1997). Die Zeitung *ABC* witzelte über das neue Sprachengesetz und meinte, wenn das Katalanische “*idioma ‘propio’*” sei, müsse das Kastilische wohl “*idioma ‘impropio’*” sein. Dies wurde ohne Zögern von *Avui* als “*mentalitat dominadora i hegemonista de certs paladins de la llengua espanyola*” getadelt. Offenbar wolle das siegesgewohnte Kastilisch das Katalanische wieder zurückdrängen und bevormunden (vgl. AVUI 07.07.1997).

Ramon Camp (CiU) schlug PP eine explizite Anerkennung der Bedeutung des Kastilischen als “*patrimoni cultural de Catalunya*” an einer anderen Stelle des Gesetzes, nämlich in der Präambel, vor. Carod-Rovira schlug folgende plausible Formulierung vor:

La llengua castellana més enllà del seu estatus d’oficialitat lingüística establert pel marc vigent constitueix una aportació valuosa al patrimoni cultural de Catalunya (AVUI 03.07.1997).

PI warnte davor, daß die Substitutionsgefahr des Katalanischen durch das Kastilische noch immer nicht überstanden sei. Vor dem Hintergrund dieser Gefahr müsse im Gesetz die Pflicht, das Katalanische zu beherrschen, Ausdruck finden. Die Debatte zeigte aber im ganzen, daß die unterschiedlichen Parteienvertreter, v.a. diejenigen, die das Katalanische voranbringen möchten, im Kastilischen mehr als nur eine einfache Amtssprache sehen und daß Kastilisch in Katalonien zwar keine Landessprache, aber auch kein Fremdkörper ist. Die Formulierung, die Carod gebrauchte, kann daher möglicherweise Verwendung finden. Sie spiegelt die Sichtweise auch derjenigen Katalanen wider, die zwar katalanistischsprachig sind, im Kastilischen aber eine Bereicherung und auch ein Stück weit ihre Verbindung zur spanischen Nationalität und Zugehörigkeit sehen.

Der Entwurf der Präambel vom 23.7.1997 konstatiert eine prekäre Situation der Landessprache in Katalonien. Strittig war in Sonderheit der Passus der politischen Verfolgung des Kastilischen im Laufe der Geschichte:

... la persecució política del català i la imposició legal del castellà durant més de dos segles i mig; els fluxos migratoris successius, especialment els que s’han produït en les darreres dècades ... (AVUI 28.07.1997).

Gerade ERC wollte verstärkt dahingehend wirken, daß das Gesetz einen Passus erhält, der erklärt, daß die heikle Lage des Katalanischen durch politische Verfolgung und das Aufkrotzyieren des Kastilischen während mehr als zweieinhalb Jahrhunderten bedingt

ist. PSC-Vertreter wandten sich gegen die Schuldzuweisung an die Immigration und an den Zuzug von v.a. spanischsprechenden Personen als einer der Gründe für die prekäre Lage des Katalanischen, weil dies einen Teil der sozialistischen Wähler, die vor allem aus der nicht-katalanischen Arbeiterschicht kämen, abschrecken könnte (vgl. AVUI 28.07.1998).

Die Freiheit der Wirtschaft und der Zwang zu Katalanisch

Die *Generalitat* und auch der Parlamentsentwurf vom 23.7.97 verzichteten darauf, die freie Wirtschaft dazu zu verpflichten, die Sprache des Kunden zu gebrauchen bzw. Mitarbeiter zu haben, die in der vom Kunden gewünschten Sprache antworten. Eine solche Verpflichtung zur Schaffung einer betrieblichen *disponibilitat lingüística* hatte ein von der Regierung im Februar 1997 vorbereiteter Vorschlag noch gefordert. Diesen Meinungsumschwung begründete Pujol damit, daß er auf die Position des PSC Rücksicht nehmen mußte. Der PP kreidete CiU und PSC an, über die katalanische Sprache einen „pacte lingüístic de fet“ abgeschlossen zu haben. Fernández Diaz (PP) erklärte, seine Partei halte an den Standpunkten fest und lasse sich durch die Absprachen von CiU und PSC überhaupt nicht beeinflussen. Letztere hätten offenbar vergessen, daß man in einer zweisprachigen Gesellschaft lebe. Das Recht, eine der offiziellen Sprachen zu benutzen, würde nämlich dadurch unverhältnismäßig beschnitten (vgl. AVUI 17.06.1997; EL PAÍS 30.06.1997).

Der Entwurf vom 23.7.97 schrumpfte dann auf folgende Minimalbestimmungen zusammen:

Art. 32. L'atenció al públic

1. Les empreses i els establiments dedicats a la venda de productes o a la prestació de serveis que desenvolupen llur activitat a Catalunya *han d'estar en condicions de poder atendre els consumidors i consumidores* quan s'expressin en qualsevol de les llengües oficials a Catalunya.
2. El govern de la Generalitat ha de promoure, amb mesures adequades, l'increment de l'ús del català en l'àmbit a què es refereix l'apartat 1.
3. Els rètols i els cartells d'informació general i els documents d'oferta de serveis per a les persones usuàries i consumidores dels establiments oberts al públic han d'ésser redactats, si més no, en català.

Nachdem auch die Regierung und die sie stützenden Parteien Bedenken bekommen hatten, kam es zu einer Änderung, die zumindest passive Kenntnis einer der beiden Sprachen vorsieht, nicht aber, daß man in der Sprache des Kunden antworten (können) muß. Mehr verlangt auch die Verbrauchergesetzgebung nicht. Art. 27 der *Llei de l'Establiment*

tut del consumidor vom 05.03.1993 garantiert das Sprachengrundrecht des Verbrauchers, auf seiten des Verkäufers jemand anzutreffen, der ihn, wenn er sich in Kastilisch oder Katalanisch ausdrückt, bedienen kann. Wörtlich heißt es in Art. 27:

Dret a ésser atès de qui s'expressa en qualsevol de les llengües oficials:

Les empreses i els establiments dedicats a la venda de productes o a la prestació de serveis que desenvolupen llur activitat a Catalunya han de trobar-se en condicions de *poder atendre els consumidors* quan s'expressin en qualsevol de les llengües oficials de Catalunya.

Daraus folgt, daß das neue Sprachengesetz gerade die Mindestanforderung, den Verbraucher verstehen zu können, erfüllt. Der Verkäufer muß also kein Wort Kastilisch oder Katalanisch sprechen, so daß beide u.U. in einem zweisprachigen Verkaufsdialog kommunizieren. In jedem Fall werden dabei sowohl die Rechte des Kunden (in diesem Sinne als Verbraucher gesteigert protegirt) als auch die des Verkäufers gewahrt, weil beide sich ad libitum in einer der Amtssprachen artikulieren dürfen.

Der Umschwung der CiU-Position wurde damit gerechtfertigt damit, daß CiU dem PSC eine globale Zustimmung zum Gesetz abringen wollte. Diese Haltung wurde von Carod mit "abaixar-se els pantalons" und "pacte vergonyós" kommentiert. Carod meinte, das Gremium verkomme zu einer "farsa institucional" und das Gesetz zu einer "lleï de CiU i PSC" (vgl. AVUI 09.07.1997). Nach Angel Colom (PI), der inzwischen keine generellen Bedenken mehr im Hinblick auf das Gesetz ausschloß, würde die Verpflichtung, Kunden auf Katalanisch zu bedienen, fast verschwinden. Ihm entgegengesetzt kritisierte PP-Vertreter Curto, daß die *disponibilitat lingüística* immer noch geblieben sei. Er verlangte totale Aufhebung dieses Passus, weil man einfach nicht so weit in die unternehmerische Freiheit eingreifen dürfe, die Kaufleute zu verpflichten, Personal zu haben, das Katalanisch verstehe (vgl. AVUI 09.07.1997; bereits EL MUNDO 09.04.1997).

In der Praxis zieht der Entwurf jedoch keine großen Änderungen nach sich, weil sich die Privatwirtschaft auf das Geforderte seit dem Gesetz von 1983 eingestellt hat und auch so verfährt. Im übrigen wird sie freiwillig, d.h. nach dem Gesetz der Nachfrage und eben nicht kraft etatistischer Verordnung mit geeigneten Mitarbeitern die Kunden entsprechend empfangen und bedienen. Wenn der Markt dies so verlangt, sollte sich jeder ökonomisch denkende Unternehmer darauf einstellen.

Verbraucherschutz auf Katalanisch – Der Streit um die Produktetikettierung

Im Gesetz vom 6. April 1983 fehlte noch gänzlich eine Regelung über die Produktetikettierung und die Sprachenregelung bei der Konsumenteninformation. Der Entwurf vom 23. Juli 1997, der sich inhaltlich mit dem CiU-Vorschlag vom Mai 1997 deckt, rief einen

Konflikt zwischen der generell in Katalonien pro-katalanisch orientierten Wirtschaft und den nationalistischen Kräften hervor.

Der Entwurf vom 23.7.1997 bestimmt das Katalanische als Pflichtsprache für verbindliche Angaben auf Produktetiketten bei abgepackten Lebensmitteln und gifthaltigen Produkten, die aus Spanien kommend in Katalonien vertrieben werden. Ungeachtet des Herkunftslandes müssen die Pflichtangaben bei Tabakprodukten wegen der gesundheitlichen Aufklärung in Katalanisch aufgedruckt sein. Das gleiche gilt für katalanische Produkte mit Herkunfts- und Qualitätsbezeichnung.

Der Streit über die Produktetikettierung führte speziell in die Bereiche Konsumentenschutz und Unternehmerfreiheit hinein. Die *Asociación Española de Anunciantes* (AEA), die ihre Zentrale in Madrid hat und der ca. 130 Unternehmen aus ganz Spanien angehören, versuchte die Ausschubarbeit dahingehend zu beeinflussen, die Pflicht zur Etikettierung in Katalanisch zu bremsen. *Avui* schilderte genau die Versuche der Einflußnahme der AEA durch Briefe an die Ausschußmitglieder und zögerte nicht, die *Cúpula de la asociación*, d.h. 26 nahezu jedermann bekannte Firmen aufzulisten, um beim Leser eine entsprechende Stimmung aufkommen zu lassen bzw. seine wirtschaftlichen Entscheidungen und sein Kaufverhalten zu beeinflussen (vgl. AVUI 08.07.1997).

Neben diesen juristischen Bedenken trug die AEA obendrein wirtschaftliche Zweifel vor, da nicht-katalanische Produkte gegenüber solchen mit katalanischer Beschriftung einen Nachteil erleiden könnten. Außerdem äußerte sie die Befürchtung, daß ein zweisprachig etikettiertes Produkt außerhalb Kataloniens womöglich dessen Absatz gefährde. Denn eine Etikettierung in katalanischer Sprache würde eine automatische "barrera idiomática" im Handel zur Folge haben, so daß die katalanischen Hersteller im Vergleich zu den spanischen Schwierigkeiten beim Verkauf riskierten. Die AEA ihrerseits sprach von einer Absurdität, sobald jede Autonome Gemeinschaft ihre Landessprache für die Etikettierung benütze. Die Lösung wäre die volle Freiheit der Fabrikanten, die sich den Wünschen ihrer Kunden anpassen könnten, denn dies sei die vernünftigste Art, eine sprachliche Normalisierung des Katalanischen voranzutreiben (vgl. AVUI 08.07.1997).

Die Befürworter der Etikettierung in katalanischer Sprache qualifizierten den Brief der AEA als unverantwortlich. Insbesondere sei nicht einzusehen, daß ein Produkt, daß ein katalanisches und zusätzlich kastilisches Etikett (und evtl. andere Sprachen) trage, im übrigen nicht-katalanischen Sprachgebiet boykottiert würde (vgl. AVUI 01.07.1997).

Allerdings – so wurde nach einer Befragung einzelner Unternehmen deutlich – teilten nicht alle Mitglieder der AEA die Meinung ihres Präsidenten. Nur *Gallina Blanca S.A.* gab diesem Rückendeckung. *Química Farmacéutica Bayer* war zwar nicht grundsätzlich gegen das Katalanische auf den Waren, doch sollte der Gesetzgeber zumindest dem logistischen Problem Rechnung tragen. Alle anderen wiesen auf ihre Bereitschaft hin, in

Katalanisch zu etikettieren (*CESPA*) oder rigoros alles zu tun, wie es das Gesetz vorschreibt (*Tabacalera S.A.*, *Nestlé Espanya S.A.*).

Andere zählten ihre Aktivitäten auf dem Gebiet der Etikettierung und der Werbung in katalanischer Sprache auf. So betonte der *Corte Inglés*, daß man sowieso ein absolut zweisprachiges Unternehmen sei und daß man sogar mehr auf Katalanisch als auf Kastilisch werbe. *Sanitas S.A.* unterstrich, daß ihre Filialen in Katalonien zweisprachig seien und daß sie in TV3 ohnehin nur in katalanischer Sprache werbe (AVUI 03.07.1997).

Die *Plataforma per la Llengua* drohte mit Boykotten und entsprechenden Aufrufen an die Bevölkerung, wenn die AEA kein Einsehen habe. Sie warf ihr vor, Katalanisch als bloße "llengua folklòrica" diskriminieren zu wollen. Bei den Unternehmen mit öffentlich-rechtlicher Teilhabe wie *Tabacalera* und *Repsol* sei es "absolutament improcedent", daß diese eine Position einnehmen, die sich gegen die individuellen und kollektiven Rechte der katalanischen Bürger richte. Die Entschuldigung der hohen Kosten wegen der Etikettierung könne deshalb nicht angenommen werden, weil viele der genannten Unternehmen in Ländern wie Dänemark, der Schweiz oder in Quebec, die eine ähnliche Bevölkerungsstruktur bzw. Sprachenlage hätten, Waren anböten und folglich entsprechend mehrsprachig etikettieren müßten, um eine wirksame Kundennähe zu erreichen.

Auch das Argument der Einheitlichkeit des spanischen Marktes wurde dadurch entkräftet, daß die Europäische Union zwar ebenfalls ein einheitlicher Markt sei, in dem aber verschiedene kleinere oder differenziertere Marktsegmente bestünden, wie etwa die PPCC. Die Nichtetikettierung in Katalanisch würde daher dem Bevölkerungswillen widersprechen und sei blankes Korporatismus-Denken (vgl. AVUI 03.07.1997).

Scharfe Kritik an der Weigerung der CIAA artikulierte die Gewerkschaft UGT, die sich für eine Etikettierung in katalanischer Sprache einsetzte, "perquè com a ciutadans i com a consumidors tenim dret que la llengua catalana sigui present en tots els àmbits de la societat". Das Gesetz verlange eine katalanische Beschreibung wirklich nur der Basisdaten derjenigen Lebensmittel und der giftigen Produkte, die in Spanien hergestellt und in Katalonien vertrieben werden (vgl. AVUI 31.07.1997).

UGT warf den Unternehmern mangelnden Respekt der Verbraucherrechte vor. Die Argumente der CIAA seien heuchlerisch, weil die Unternehmer seit Jahren in Sprachen etikettierten, die einen dem Katalanischen gleichen oder sogar einen geringeren Stellenwert hätten. Kritik kam auch von der *Confederació Sindical de Catalunya* (CSC), die meinte, daß die katalanische Sprache in allen gesellschaftlich relevanten Bereichen, v.a. im Handel, vertreten sein müsse, damit es zu einer wahrhaftigen sprachlichen Normalisierung kommen könne (vgl. AVUI 01.08.1997).

Unterdessen schlossen sich auch Einzelverbände dem Boykott der AEA an, ihre Produkte in katalanischer Sprache zu beschriften und verwiesen in Rundschreiben an ihre Mitglieder insbesondere auf die enormen Schwierigkeiten bei Massenkonsumprodukten,

wenn das Gesetz so verabschiedet würde. Eine Doppeletikettierung verursache zusätzliche Kosten. Gerade dieses Kostenargument ("Despeses addicionals") rückte der Leitartikel in *Avui* v. 1.8.1997 in den Vordergrund. Dort wurde davor gewarnt, die Reaktionen und das Kaufverhalten der katalanisch-denkenden Kunden nicht zu unterschätzen. Auch betont der Editorial, daß nur die Spitzen der Verbände gesprochen hätten, diese Auffassung aber längst nicht von allen Mitgliedsunternehmen geteilt werde. Denn diese hätten eingesehen, daß sie sich über die Wünsche der genannten Käufergruppe nicht hinwegsetzen könnten, ohne Marktanteile zu verlieren. Denn der "poc respecte d'aquestes organitzacions empresarials a la sensibilitat dels consumidors catalans" könnte sich rächen. Die Unternehmen könnten sich ihrer Verantwortung gegenüber dem Katalanischen nicht entziehen (vgl. AVUI 01.08.1997).

Nahezu alle politischen Parteien lehnten die Argumente der AEA ab, eine Produktetikettierung in katalanischer Sprache zu unterbinden. CiU, PSC, ERC, IC-EV und PI ließen keine Zweifel, daß das zukünftige Gesetz das Thema der Etikettierung ansprechen werde. Von PSC-Seite wurde kritisiert, daß die Wirtschaft das Kostenargument überbetone (vgl. AVUI 02.07.1997).

Die rechtliche Pflicht zur Etikettierung auf Katalanisch

Das Urteil des Spanischen Verfassungsgerichtshofes (*Tribunal Constitucional*, TC) vom 19.9.1996 machte dem katalanischen Dekret von 1983 den Garaus. Letzteres besagte, daß die Daten der Etikettierung der in Katalonien vertriebenen Produkte in Kastilisch, Katalanisch oder in beiden Sprachen erfolgen konnten. Das Dekret entsprach nicht dem Königlichen Dekret 212/1992, welches in Art. 20 für Nahrungsmittel das Kastilische als zwingend bestimmt:

Les indicacions obligatòries de l'etiquetatge dels productes que es comercialitzin s'expressaran necessàriament almenys en la llengua espanyola oficial de l'Estat.

Zwar entschieden sich die allermeisten Fabrikanten für kastilische Aufschriften, weil dies am kostengünstigsten war, sobald sie die Produkte auch in anderen Regionen Spaniens vertreiben wollten; die (wenigen) rein katalanisch beschrifteten Produkte verstießen jedoch gegen dieses Dekret.

Die *Confederació d'Indústries Agroalimentàries de la Unió Europea (CIAA)*, der Unternehmerverband von Firmenorganisationen der 15 Mitgliedstaaten der EU, setzte sich beim Präsidenten der *Generalitat* gegen die Pflicht zur Etikettierung auf Katalanisch ein. Argument war, daß dies eine Verpflichtung "contraria a la libre circulació de productes alimentaris en la Unió Europea" sei (vgl. EL PERIÓDICO 29.07.1997).

Die *Plataforma per la Llengua* kritisierte die Haltung der CIAA als “feixista i antide-mocràtic” und des “incompliment dels drets lingüístics dels catalans i la voluntat legítima del Parlament”. Die Plataforma plante einen Feldzug “que ben segur perjudicarà els interessos i la imatge de la patronal i de les empreses que en formen part” (AVUI 31.07.1997). In einem Brief an 100 Unternehmen, die ihren Sitz in Katalonien haben, und an die Handelskammer verlangten sie mit Hilfe bereits ausgetauschter Argumente die Katalanisierung der Etiketten. Adressaten waren u.a. folgende Aktiengesellschaften: Danone, Apple Computer Espanya, Braun Espanyola, Prenatal, BASF Espanyola, Olivetti Espanya, Ciba-Geigy sowie die Donut Corporation Barcelona (vgl. AVUI 16.09.1997).

Der Verein *Òmnium Cultural* schrieb an den Ombudsman der Europäischen Union, Jacob Söderman, damit er über die Problematik der Etikettierung, die “afecta un element tant important de la personalitat catalana com és la seva llengua” urteilen möge. Es liege damit kein Verstoß gegen Europa- oder spanisches Recht vor, denn v.a. sei der freie Warenverkehr in der EU nicht gefährdet. Außerdem liege die Gesetzgebungskompetenz für diese Materie bei der autonomen Region Katalonien. Wichtig sei die Garantie einer besseren Verbraucherinformation durch eine katalanische Beschriftung, und zwar “en les llengües dites regionals”. Dies bedeute für den Verbraucher in Katalonien mehr Sicherheit und Schutz (vgl. AVUI 01.08.1997). Die Argumente der Rechtssicherheit und des Verbraucherschutzes dürfen bei der Sprachendiskussion nicht in die Ecke gestellt werden, denn die Richtlinie über die Sprachenregelung wurde nicht geschaffen, damit die Politik in Katalonien sich auf Kosten des Kastilischen oder vice versa austoben kann, sondern es ist erklärter Zweck der Richtlinie, dem Verbraucher Hilfen an die Hand zu geben, sich auf einem infolge der Angebotsvielfalt und der Informationsflut unübersichtlichen Markt zurechtzufinden.

Die europäische Dimension

Nach Auskunft der Europäischen Union gibt es jedoch generell keine Hindernisse für die Etikettierung in katalanischer Sprache (vgl. AVUI 30.07.1997). Die Richtlinie sieht nämlich vor, daß alle Mitgliedstaaten selbst sprachliche Regelungen treffen dürfen, um die Information des Verbrauchers zu garantieren. Die Richtlinie 79/112 über die Etikettierung, die im Januar 1997 noch modifiziert wurde, besagt in ihrem Artikel 13-2, daß die Mitgliedstaaten dafür Sorge tragen, auf ihrem Staatsgebiet den Vertrieb von Lebensmitteln dort zu verbieten, wo allgemeine Verbraucherinformationen nicht in einer dem Verbraucher “leicht verständlichen Sprache” erscheinen. Darüber hinaus darf der Mitgliedstaat im Einklang mit dem Einigungsvertrag verfügen, daß die Etikettierung zumindest in einer oder verschiedenen Sprachen erfolgt, die der Staat aus dem Kreis der Amtssprachen der Gemeinschaft bestimmt.

Problematisch ist indes, daß das Katalanische in der EU keinen eindeutigen Amtssprachenstatus genießt, sondern allein in Katalonien. Diese Grauzone ermögliche unterschiedliche Interpretationen.

- Eine strenge grammatikalische Auslegung bedeutet, daß die Produktetikettierung nur in einer der 11 aktuellen Amtssprachen der Gemeinschaft erfolgen darf. Da Katalanisch unter diesen nicht zu finden ist, dürfte der in Spanien kompetente Gesetzgeber das Katalanische nicht als solche für Produktetiketten vorschreiben.
- Der weiteren Auslegung zufolge darf die Gesetzgebung über die Sprachenrechte des Konsumenten auch bei der Etikettierung nicht außer Acht bleiben. Die *Llei de l'Estatut del consumidor* vom 5. März 1993 formuliert deutlich, um den Verbraucher zu schützen:

Art. 26 Ús del català en la informació i en la contractació

D'acord amb que estableix l'article 3.3 de l'Estatut d'autonomia de Catalunya:

a) Els consumidors *tenen dret a rebre en català* les informacions pertinents per al consum i l'ús dels béns, els productes i els serveis, i especialment les dades obligatòries relacionades directament amb la salvaguarda de llur salut i seguretat ...

Da die Etikettierung dem Verbraucherschutz dienen soll, hat der Konsument auch das Recht, diese für ihn wichtigen Informationen auf Katalanisch zu erhalten. Dies spricht für eine weite Auslegung des Merkmals "Amtssprache".

Aus der Norm kann gelesen werden, daß es sich womöglich um eine Sprache handelt, die innerhalb der Mitgliedstaaten von diesen selbst zur Amtssprache erklärt wurde, aber nicht zwingend Amtssprachenstatus in der supra-nationalen Organisation, also in der Europäischen Union, haben muß. Da das katalanische Autonomiestatut, das Teil der nationalstaatlich-spanischen Verfassung ist, in seinem Artikel 3 II für Katalonien, und damit für einen Teil des spanischen Staatsgebiets, das Katalanische als "llengua oficial" vorsieht, hat demgemäß der spanische Staat sich für eine Sprache aus der Gemeinschaft entschieden (vgl. GERGEN 1997:28-30). Demzufolge kann das Katalanische auf Produktetiketten vorgeschrieben werden.

Die *Generalitat* antwortete in einem Schreiben an die CIAA (vgl. AVUI 30.07.1997), daß die neue Sprachnorm, insbesondere Art. 34.2 ("productes alimentaris i tòxics o verinosos"), mit dem Europarecht und dem spanischen Recht voll und ganz kompatibel sei und nicht gegen den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr in Europa verstoße, denn – so die *Generalitat* – die EU habe die Etikettierungsnormative (97/4/CE) am 29.1.1997 so geändert, daß sie "permet als Estats exigir que les dades obligatòries de productes alimentaris envasats figurin en una o més llengües oficials de la UE". Überdies werde in weit weniger verbreiteten Sprachen etikettiert: "ja es produeix en molt diversos

productes i amb utilització de llengües d'igual o menor implantació que el català" (AVUI 30.07.1997).

Das Merkmal "Amtssprache in der EU" muß gerade auch deshalb erweitert ausgelegt werden und sich auch auf die in und von den Mitgliedsstaaten der EU anerkannten Idiome beziehen, weil das Europäische Parlament die Minderheitenssprachen, darunter die katalanische Sprache, explizit anerkannt und bereits den Mitgliedstaaten empfohlen hat, die Verbraucherinformationen in den sog. Regionalsprachen zu geben (vgl. RENIU 1997:52-54).

Für eine weite Interpretation spricht überdies, daß das Katalanische zu den "weiteren Sprachen", wie Katalanisch, Baskisch, Galicisch, Walisisch, Gälisch und Luxemburgisch gehört. Dies sind Sprachen, derer sich gleichfalls die Kommission und das Parlament in ihren Veröffentlichungen bedient, die v.a. die Grundfreiheiten des Europäischen Bürgers betreffen. Beispielgebend seien die Publikationen der sog. "Unionsbürgernahen Kampagnen" zur gegenseitigen Anerkennung der Hochschuldiplome und zur beruflichen Mobilität in den Mitgliedsstaaten genannt, die die Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit betreffen (vgl. GERGEN 1997:79-80). Die Produktetikettierung berührt die Konsumentenfreiheit und die Pflicht, den Verbraucher zu schützen, der umgekehrt gesehen ein Recht auf Protektion genießt. Ein solcher kann in diesem Fall nur dann am leichtesten gewahrt werden, wenn die für den Verbraucher notwendigen Informationen in der Landessprache des jeweiligen Konsumenten erscheinen, also hier in Katalanisch.

Im ganzen folgt daraus, daß die weite Interpretation des Amtssprachenbegriffes zu bevorzugen ist und daß der spanische Gesetzgeber im Einklang mit der europäischen Richtlinie das Katalanische als Sprache der Produktetikettierung gebieten kann.

Bibliographie

- GERGEN, Thomas (1997): *Geschichte und neueste Tendenzen in der katalanischen Amts- und Landessprachenpolitik* (mit ausführlicher Dokumentation), Marburg: Wissenschaftsreihe Romanistik, Bd. 13.
- LEPRÊTRE, Marc (1997): "La situació sociolingüística als territoris de llengua catalana", in: *Revista de llengua i ús* 1, 57-67.
- RENIU I TRESSERRAS, Miquel (1997): "Un nou model lingüístic per a Europa", in: *Revista de llengua i dret* 21, 47-54.